

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“

- unter diesem großen und selbstbewussten Leitsatz, den der Deutsche Gewerkschaftsbund als Titel für seinen 1. Mai Aufruf gewählt hat, demonstrieren heute in der ganzen Bundesrepublik - in allen Regionen des Landes - tausende Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte und Menschen denen der 1. Mai mehr ist als ein freier Tag.

Diese Zukunftsorientierung des DGBs ist richtig! Denn die rasante Weiterentwicklung der Produktion, der Einsatz von immer effizienteren Computern, von lernenden Robotern, von neuen Planungsmethoden und vielem mehr verändert die Arbeitswelt in vielen Bereichen.

Das heißt dann unter anderem Industrie 4.0 und wird gerade von jeder Politiker_in, die was auf sich hält und die viel Ahnung zeigen will in jedes Mikrofon gesprochen.

In manchen Betrieben scheint diese Entwicklung nur langsam zu gehen, in anderen Branchen sind die Veränderungen so rasant, dass es fast sprichwörtlich so scheint, das „kein Stein auf dem anderen bleibt“.

Aber ganz unabhängig davon, ob der Wandel in der Arbeitswelt den einen schneller und die andere langsamer erreicht - bleibt eines klar und das ist auch gar nicht neu:

Wenn diese Veränderungen nicht auf Kosten und auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen passieren sollen, dann müssen wir uns immer wieder für unsere Interessen einsetzen.

Für unsere Interessen notfalls auch auf die Straße und vor die Betriebstore gehen und kämpfen. Denn es gab noch nie den Tag, an dem den Arbeiterinnen und Arbeiter oder anderen Lohnabhängig Beschäftigten irgendetwas geschenkt wurde!

Diesen Tag wird es auch in Zukunft nicht geben, da können wir sicher sein. Deshalb brauchen wir Verhandlungsmacht mit Gewerkschaften und Betriebsräten.

Wir brauchen Stärke - um unsere Interesse durchsetzen zu können.

Wir brauchen Zusammenhalt und dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen. Das hat für die Industrie 1.0 gegolten, dass gilt auch heute bei der Industrie 4.0!

Ja, die Produktion verändert sich, der technische Fortschritt ist an vielen Stellen mit Händen zu greifen.

So, wie viele auch hier auf dem Platz in ihrer Jugend Betriebe in den 50er und 60er Jahren oder sogar eher kennen gelernt haben, so sehen heute nur noch wenig aus. Und viel ist dazu gekommen, was damals kaum denkbar war, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen.

Eines aber ist immer noch gleich:

Es sind unsere Köpfe und Hände, die diese Veränderungen gestalten!

Ob als Ingenieur oder Facharbeiterin, ob im Maschinenbau oder in der Kindererziehung, ob am Rechner oder in der Fabrikhalle:

Es gibt keinen Fortschritt, keine Veränderung, keine Weiterentwicklung, die ohne uns passiert. Darauf können wir stolz und sollten es auch sein!

Und alle, die uns Geschichtchen erzählen wollen vom superschlauen Selfmade-Man, der es aus seiner Bastler-Garage zum Computermillionär nur aus eigener Kraft geschafft hätte - denen sollten wir sagen:

Nein, so ist das nicht!

Denn gerade dort, wo heutzutage der Fortschritt an intensivsten zu sein scheint - dort ist klar zu sehen, dass aller Fortschritt nur in der Zusammenarbeit von ganz verschiedenen Fähigkeiten zum Tragen kommt. Und am Ende muss jede noch so tolle Erfindung auch in der Praxis standhalten - und wie könnte das gehen, ohne die Praktiker!

Jeder Fortschritt geht am Ende durch unsere Hände!

Jeder Fortschritt geht durch und mit unseren Köpfen.

Eine Maschine baut sich nicht von allein.

Ein Programm schreibt sich nicht von selbst.

Ein Kind wird nicht von allein klug.

Eine Stadt hält sich nicht von selbst sauber.

Eine Straße repariert sich nicht selber.

Und ein Kranker sollte sich vielleicht nicht selbst heilen - müssen.

Ich weiß nicht, ob das mal anders sein wird und welche mehr oder weniger schönen Utopien mal Wirklichkeit werden.

Aber eines können wir schon jetzt wissen: es gibt keinen Fortschritt, der von allein bei uns ankommt.

Deshalb -

liebe Kolleginnen und Kollegen -

ist es unser gutes Recht, immer wieder dafür zu kämpfen,

„einen großen Schluck aus der Pulle“ zu bekommen.

Ja - gerade, weil die Produktivität in vielen Bereichen zügig wächst:

Ist jeder Euro, der zusätzlich bei der Masse ankommt, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern - ist nicht nur gerechter verteilt, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Die Regierenden haben ja soeben verkündet, dass auch für dieses Jahr mit einem Wachstum der Wirtschaft gerechnet wird.

Eine der tragenden Säulen dafür ist die sogenannte „Binnennachfrage“.

Da werden dann so schöne Worte benutzt wie „Kauflaune“ und „Konsumlust“, die für diese positiven Wachstumserwartungen verantwortlich sind.

Übersetzt heißt dies, dass es die Löhne und Gehälter sind, die ausgegeben werden! Dass es die Löhne und Gehälter sind, die dieser Wirtschaftsentwicklung zu Grunde liegen!

Und wenn wir noch genauer schauen, dann ist deutlich zu sehen:
Jeder Euro, der bei den arbeitenden Menschen ankommt, der wird auch wieder ausgegeben, und zwar für Güter und Dienstleistungen, die irgendwo hergestellt werden und der Kreislauf geht weiter.

Aber mit den Euros, die bei den Superreichen oder Versicherungen und Banken ankommen, da sieht das seit ein paar Jahren ein wenig anders aus.

Die wissen momentan gar nicht wohin mit ihrem Geld, wo es wie angelegt werden soll, um sich zu vermehren.

Deshalb können wir eines sagen:
Steigende Löhne und Gehälter - sichert das Wirtschaftswachstum.
Für steigende Profite gilt das - NICHT!

Es ist eine Frage der volkswirtschaftlichen Vernunft, dauerhaft für ordentliche Löhne zu sorgen - und im Übrigen:
Was hier gilt, in Deutschland, für das Verhältnis von Binnennachfrage und Wirtschaftswachstum - das gilt überraschender Weise auch woanders!

Wer will, dass produziert wird und diese Produkte auch Käufer finden, der muss dafür sorgen, dass es Käufer gibt!

Das Autos keine Autos kaufen, war ja mal bekannt ...

Einige scheinen das vergessen zu haben.

Deshalb sage ich ganz klar:

Was für die Bundesrepublik gilt, muss auch für die anderen Länder der EU gelten:

Eine stabile, besser noch eine wachsende Binnennachfrage sichert die volkswirtschaftliche Entwicklung.

Die Politik der Verarmung - beschönigend Spar- oder Austeritätspolitik genannt - ist eine Sackgasse!

Es ist auch in unserem Interesse hier in der Bundesrepublik, die Volkswirtschaften in Südeuropa nicht zu Grunde zu richten.

Und noch weniger ist es in unserem Interesse, wenn massenhaft Menschen in Not und Elend gestürzt werden.

Das wollen wir nicht! Das muss aufhören!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen uns aber auch in Deutschland nicht nur die halbe Geschichte erzählen lassen.

Denn so schön es ist, wenn von steigender Kaufkraft und Konsumlaune gesprochen wird:
Durch unsere Gesellschaft geht ein Riss!
Für diesen Riss gibt es auch einen Fachbegriff und der heißt:
„Zwei-Drittel-Gesellschaft“.

Das heißt, es gibt einen Teil, dem es ganz passabel geht, der ordentlich verdient und gute Arbeitsbedingungen hat - und das ist ja auch gut.

Aber zugleich gibt es einen erheblichen Teil von Menschen - die abgehängt werden, dauerhaft mickrige Löhne bekommen - wenn überhaupt - und an den Rand gedrängt werden.
Und dabei handelt es sich in der Bundesrepublik nicht um ein paar Tausend oder hunderttausend, sondern um viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!
Und viele Millionen Rentnerinnen und Rentner und Kinder und Jugendliche!

Diese Spaltung unserer Gesellschaft ist eine Schande!

Und sie ist darüber hinaus weder notwendig noch sinnvoll noch irgendwie akzeptabel!
Lassen wir uns nicht die Geschichten vom „selber schuld“ erzählen!
Denn wenn wir nicht solidarisch miteinander sind - dann gibt es keine Solidarität!
Wenn wir uns auseinander dividieren lassen, in Gewinner und Verlierer, in Starke und Schwache - dann werden dies über kurz oder lang auch die vermeintlich Starken, die vermeintlichen Gewinner zu spüren bekommen.

Das wird deutlich, wenn wir uns anschauen, wie es mit der Entwicklung der Renten aussieht.
Ob nun mit der Rentenformel oder dem Renteneintrittsalter oder auch den realen Rentenentwicklungen hier im Osten, hier in Sachsen.
Inzwischen ist es doch so, dass hier in Sachsen fast die Hälfte aller Männer und Frauen, die jetzt in Rente gehen oder in den nächsten Jahren, vom Risiko der Altersarmut bedroht sind.

Und da gibt es ja neuerdings einige, die sagen:
Armut gibt es in Deutschland gar nicht.

Armut, das ist ja nur dann, wenn man irgendwie in Sack und Asche gekleidet ist, wenn man eine feuchte Wohnung hat oder gar keine, oder wenn man hungern muss.

All denen, die das jetzt so propagieren, die müssen wir klar fragen:
„Habt ihr noch alle Latten am Zaun?“
Wer Armut in diesem Land im 21. Jahrhundert mit den Maßstäben eines Charles-Dickens-Romans beschreiben will, der hat ja wohl den Schuss nicht gehört!
Von all denen, die so was erzählen, habe ich ja auch noch nicht gehört, dass sie auch den Reichtum mit den Maßstäben des 19. Jahrhunderts messen würden.
Denn dann wären wir ganz schnell im Bereich des Unanständigen!

Aber zurück ins hier und Jetzt.

Zur Frage der Gerechtigkeit und zur Altersarmut.

Zum 31.12. 2013 lag die durchschnittliche Altersrente bei 766 Euro und bei denen, die 2013 zum ersten Mal Rente bekamen, bei 737 Euro!

Und das ist - ich betone - der Durchschnitt!

Hier im Osten haut das natürlich besonders rein, weil wir hier nicht großartig noch andere Altersversorgungen wie Betriebsrenten haben oder Pensionen usw.

Nun nützt es ja nicht viel, wenn wir mit Durchschnittswerten rechnen, denn bekannter Weise ertrinkt ja eine Kuh in einem durchschnittlich 1 Meter tiefen Bach.

Aber beide Zahlen zeigen doch ganz deutlich:

Die Renten sinken - und Armut im Alter existiert.

Ganz real, nicht relativ - sondern wirklich. Und das ist eine Schande!

Lassen wir uns nicht veralbern von den Schönrednern in diesem Land - von den Schönrednern, für die 737 Euro vielleicht ein Tagessatz sind für ihre schönen Reden auf schönen Tagungen.

Wenn wir vorgestern in einer führenden konservativen Zeitung dieses Landes lesen konnten, dass „uns nur noch die Rente mit 74“ retten kann, dann wissen wir doch, wo der Hase hinläuft.

Insbesondere den ganz jungen Leuten, denen, die jetzt ins Arbeitsleben einsteigen - denen muss eines bewusst sein: Rente mit 74: da wird über Euch geredet!

Es wird ja immer gern das Spiel gespielt, Jung gegen Alt aufzuwiegeln und zu behaupten, die einen würden auf Kosten der anderen leben.

Naja.

Wenn hier einer auf Kosten des anderen lebt, dann sage ich als LINKER ganz klar:

Reich lebt auf Kosten der Armen.

Große Aktienbesitzer auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Aber niemals jung oder alt auf Kosten des anderen.

Das - ist - Blödsinn!

Lasst euch also nicht verarschen.

Gern wird dann auch die Geschichte erzählt, von den immer weniger Beschäftigten, die immer mehr Rentner versorgen müssen usw.

Da erinnere ich mal an eine Zeit, die fast vergessen scheint.

Noch vor circa 150 Jahren hat in diesem Land die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft gearbeitet.

Das heißt, ein Landwirt hat für drei bis vier Menschen Nahrung erzeugt. Heute arbeiten gerade mal 2% in der Landwirtschaft, einer ernährt also 100 Menschen und zwar nicht zu knapp!

Und das, was für die Landwirtschaft gilt, gilt für jeden anderen Bereich der Arbeit auch!

Lassen wir uns also nicht für dumm verkaufen.

Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen.

Die einzige, wirkliche Stärke, die die arbeitenden Menschen in diesem Land wie in jedem anderen auch haben, ist die Solidarität.

Wenn diese verloren geht, werden wir nicht die Kraft haben, für bessere Arbeitsbedingungen, für ordentliche Löhne, für sozialen Fortschritt, für gute Bildung unserer Kinder, für sichere Arbeitsplätze, für Frieden und für Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu kämpfen.

„Alle oder Keiner“ - so sieht es nämlich aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor 125 Jahren gingen die Leute zum ersten Mal am ersten Mai auf die Straße, um für den Acht-Stunden-Tag zu kämpfen.

Schon damals war den Leuten eines klar:

Wir schaffen das nur gemeinsam: und deshalb war dieser erste 1. Mai 1890 ein internationaler Kampftag, der in den europäischen Ländern und den USA durchgeführt wurde.

Schon damals konnte jeder sehen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter grenzüberschreitend die gleichen Interessen haben.

Wie auch damals schon die Kapitaleseite - heute heißt das ja so schön:

die Arbeitgeberseite - ganz selbstverständlich international agiert, so ist das auch heute.

Waren, Dienstleistungen, Aktien, große Finanzströme kennen nur noch wenige Grenzen.

Diese wenigen Grenzen sollen im Namen der heiligen Kuh „Freihandel“ auch noch abgebaut werden: das ganze heißt dann TTIP oder CETA - also diese halb- und ganz geheimen Freihandelsabkommen, die gerade verhandelt werden.

Deshalb finde ich es gut, dass im DGB-Aufruf für heute folgendes zu lesen ist:

„Wir wollen soziale Gerechtigkeit und kein Zurück zur neoliberalen Klientelpolitik! Das gilt für alle Parteien.“

Denn gerade diese Freihandelsabkommen wie TTIP sind zentrale Elemente neoliberaler Politik!

Ich finde es richtig, dass der DGB vor neoliberaler Politik und deren negativen Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit warnt.

Das sollte gerade auch den für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und in Sachsen Verantwortlichen ins Stammbuch geschrieben werden! Schluss mit dem Neoliberalismus, Schluss mit TTIP!

Ja, mir ist schon klar, dass die Wirtschaftsministerien in Sachsen und der Bundesrepublik SPD geführt sind. Und das insbesondere Wirtschaftsminister Gabriel eine - freundlich ausgedrückt - windelweiche Haltung zu TTIP hat.

Wer aber erkannt hat - und das ist wirklich nicht schwer - dass dies ein Kernstück der Verewigung neoliberaler Ideologie in den internationalen Beziehungen ist, der muss dagegen konsequent angehen.

Denn hier haben wir viel zu verlieren, und zwar auf Dauer!

Wer die Zukunft der Arbeit gestalten will, der muss TTIP verhindern. Ansonsten bleibt nämlich kaum noch etwas zum Gestalten übrig, was jenseits der Profitinteressen der großen, global agierenden Unternehmen übrig bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

der 1. Mai 1890 stand im Zeichen des Kampfes für einen Achtstunden-Tag - und es hat dann fast dreißig Jahre gedauert, bis dieser durchgesetzt wurde. Und bis zur 40 Stundenwoche hat es in der Bundesrepublik dann nochmal über vierzig Jahre gebraucht, die dann in den 60-er Jahren Wirklichkeit wurde.

In den letzten 50 Jahren ist dann zwar eine Menge passiert, leider aber auch einiges hin und her, so dass wir insgesamt immer noch nahe bei diesen 40 Stunden sind.

Im Aufruf des DGB steht eine Frage an erster Stelle:

„Wollt Ihr Euch ein gutes Leben aufbauen - und nicht nur für die Arbeit leben?“

Ich bin der Meinung, dass das die richtige Fragestellung in dieser Zeit und in diesem Land ist.

Jede Zeit muss ihre eigenen Fragen und Probleme beantworten.

Unsere Probleme und Fragen liegen nicht darin, dass von irgendetwas zu wenig produziert wird, dass es irgendwie Engpässe an Autos, Fernsehern, Telefonen, Baumaterial, Wandfarbe, Kleidung, Medikamenten oder sonst etwas gäbe.

Von 2010 bis 2014 wurden z.B. in Deutschland 45 Millionen Fernsehgeräte verkauft - und in keinem Moment waren irgendwie die Fernsehgeräteläden leer!

Dasselbe gilt für Waschmaschinen, für Computer, für Autos ... für allesmögliche.

Nun müsst ihr keine Angst haben, dass ich nun endlose Statistiken herbeite, aber eines muss uns klar sein:

Ein Land, eine Zeit, in der zweifelsohne von allem genug hergestellt wird bzw. werden kann - in der geht es nicht zuerst ums über-leben.

Aber in anderen Regionen der Welt ist es immer noch so,

dass Elend und Not,

Krieg und Hunger herrschen.

Und da diese Regionen, egal wo auf der Welt, heutzutage nah und nicht fern sind - ist es auch unsere Angelegenheit, Solidarität mit den betroffenen Menschen zu zeigen.
Denn diese kämpfen ums über-leben.

Aber hier, in der Bundesrepublik, ist es richtig, für mehr als ein über-leben zu kämpfen!
Ja, ein gutes Leben aufbauen und nicht nur für die Arbeit leben - und das in Solidarität für alle Menschen in diesem Land - das ist ein gutes Ziel, ein richtiges Ziel.
Es wird uns ganz sicher nicht geschenkt werden.

Deshalb,
liebe Kolleginnen und Kollegen
wünsche ich uns einen 1. Mai, den wir nicht nur als einen freien Tag genießen können, sondern an dem wir uns auch daran erinnern, dass wir weiter und beständig für unsere Rechte,
für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen müssen.
Nicht nur für höhere Löhne,
sondern auch für einen funktionierenden Staat,
für ein Streikrecht, dass diesen Namen auch verdient,
für ein Leben in Menschenwürde auch im Alter und noch so vieles mehr! Die Zukunft gestalten wir selbst oder sie findet nicht statt.
Glück auf!